



Kreißsaalstimmung

WIRTSCHAFTSKRISE

Die Weltwirtschaft kriselt. BILD und Linkspartei kennen die Schuldigen. Wie es sich wirklich verhält, erfahrt ihr auf den **Seiten 3-5**

IDENTITÄTSKRISE

Das Selbstbild als weltoffene Stadt wankt. Homophobe Übergriffe häufen sich in Berlin. Einen Überblick bekommt ihr auf den **Seiten 6-7**

PARTYKRISE

Angrapschen verboten! Wer durch sein Verhalten die Partystimmung anderer beeinträchtigt, sollte rausfliegen. **Seiten 8-9**

editorial

Die Sonne scheint, der erste Zitronenfalter fliegt uns im Sausewind entgegen und alle Welt sitzt im Park. Während wir von Hängematte und kühlem Nass träumen, erschlägt uns die kruppsche Realität: Das Oberlandesgericht Saarbrücken hat im März 2009 eine Entscheidung gefällt und mit dem Aktenzeichen 4 U 392/07-130 versehen. Das Gericht erkennt hier einer von einer Vergewaltigung Betroffenen weniger Schmerzensgeld zu, da sie vor der Vergewaltigung mit dem Täter Alkohol getrunken hatte, mit in seine Wohnung ging und sich damit „aus freier Entscheidung in eine für sie erkennbar verfängliche Situation“ begeben habe. Ja und nun? Schnell Bier wegpacken und ganzkörperverschleiern für eine unverfängliche Endredaktion? Noch ein paar solcher Urteile und deutsche Gerichte können sich die individuelle Konstruktion von „verfänglichen Situationen“ sparen und gleich konstatieren, dass es angesichts der geltenden Rechtssprechung grob fahrlässig ist, sich als Frau in Deutschland aufzuhalten. In diesem Sinne: Fight for your right! Und einen schönen Sommer! HUCh!

inhalt

- 3 Die Uni kriegt die Krise
Zur Wirtschaftskrise**
- 6 sei homo, sei phob, sei berlin
Homophobe Übergriffe häufen sich**
- 8 Die Party des Stärkeren
Definitionsmacht & Partyräuswürfe**
- 10 Eine gesunde Nation
„Mutterschaft“ und Eugenik**

impressum

„A dynamic university in a modern population centre simply can't be isolated from the realities, human or otherwise, that surround it.“ HUNTER S. THOMPSON

■ Anschrift

HUCh! Zeitschrift der Studentischen Selbstverwaltung
Unter den Linden 6; 10099 Berlin
huch@refrat.hu-berlin.de www.refrat.de/huch

■ HerausgeberIn

ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. ASStA).

■ Redaktion

Katharina Paar, Daniël Kretschmar, Nelo Locke,
Tobi Becker, Anett Zeidler (V.i.S.d.P)

Layout Tobi Druck Union Druck Auflage 3.000

Alle Artikel stehen unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung der Texte sind unter folgenden Bedingungen erlaubt und erwünscht:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der gesamten Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

Redaktionsschluss für die Nr. 60 ist 10. Mai 2009

Ständische Vertretung

– Neues aus StuPa und RefRat –

Als ob es nicht schon genug zu tun gäbe in diesem Sommersemester, müssen wir uns nun erstmal mit Altlasten rumplagen. Bereits Ende Januar ist im Zuge einer von der Technischen Abteilung der HU beauftragten Brandschutzberäumung die RefRat HU-Ausstellung zur „Bücherverbrennung 10.Mai 1933“ aus dem Flur des Gebäudes der StudentInnenschaft in der Monbijoustraße verschwunden. Eine Absprache mit dem RefRat, wie sie ausdrücklich vereinbart war, hätte mit Sicherheit das Schlimmste verhindert. Es zeugt nicht unbedingt von besonderer Sensibilität ausgerechnet eine Ausstellung zu diesem Thema zu vernichten. Da der TA hier offensichtlich ein Fehler unterlaufen ist, wird sie sich hoffentlich daran beteiligen, den entstandenen Schaden zu beheben und auch finanziell dafür gerade stehen, dass spätestens im HU-Jubiläumsjahr 2010 die Ausstellung wieder gezeigt werden kann. Die ca. 10 Tafeln umfassende Ausstellung thematisiert vor allem die Beteiligung der Studierendenschaft und der Uni an der Aktion „Wider den undeutschen Geist“ (www.buecherverbrennung33.de).

Wenn die Räumung geklärt und die Wiederbeschaffung der Ausstellung gesichert sind, wenden wir uns sogleich dem mutmaßlichen Hauptthema des Sommersemesters zu: der bundesweite Bildungssteik. Für den Zeitraum vom 15.-19. Juni werden Student_innen aufgerufen gemeinsam mit Schüler_innen auf die Straßen zu gehen und sich für ein selbst bestimmtes Lernen und Leben und einen freien sowie kostenlosen Bildungszugang einzusetzen. Da sich die meisten Forderungen bislang an „den Staat“ oder „die Politiker“ richten, scheint es angebracht sich schon mal nach Alternativwegen umzuschauen, die vielleicht verlässlicher sind, da wir hier selbst anpacken müssen, wenn's laufen soll. Die traveling school of life zum Beispiel, versucht ein Netzwerk zu bilden, auf dem vorhandene Ressourcen kostenfrei zugänglich werden. Unter www.wiki.solilife.org können sich nicht nur Studis verabreden, um Wissen und Fähigkeiten auszutauschen.

Vielleicht sollten sie dies aber nicht an der TU tun. Hier scheint das Präsidium etwas gegen herrschaftskritische Arbeitsweisen zu haben. Jedenfalls wurde der für das Osterwochenende geplante „Anarchismus-Kongress“ kurzfristig vor die Tür gesetzt, nachdem die BZ in gewohnt ausgewogener Manier über den zu erwartenden Bürgerkrieg berichtet hatte. Der ASStA der TU wies in einer Pressemitteilung darauf hin, dass es der Studierendenschaft, als größter Statusgruppe innerhalb der akademischen Selbstverwaltung, ja wohl möglich sein muss, Veranstaltungen durchzuführen, die politische und soziale Fragen diskutieren.

Termine:

Auch im Sommersemester gibt es wieder das queerfeministische Frauencafe, um den universitären, patriarchalen Strukturen und (Hetero-) Sexismen zu trotzen. Frauen, Mädchen, Lesben, Trans* sind herzlich willkommen. Termine werden in Kürze auf www.refrat.de/frauen zu finden sein.

Die nächsten StuPa Sitzungen werden am 18. Mai, 11. Juni und am 10. Juli jeweils um 18.30 Uhr im Audimax Hauptgebäude UL6 stattfinden. Für den 2. Mai (diesmal ein Samstag!) rufen die Surfpoeten zum 5. Internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeitslosen (und da gehören wir ja auch bald dazu) auf. Die Demo beginnt am Senefelder Platz in Neu-Pankow um 13 Uhr.



Foto: Markus Pasterny

Die Uni kriegt die Krise



Immobilienblase geplatzt

Dass sich die Finanzkrise mittlerweile als handfeste Wirtschaftskrise geoutet hat, lehrt jeder allmorgendliche Blick in die Zeitung. Was eine Wirtschaftskrise überhaupt ist, wird dabei meistens nicht klar. Realwirtschaft, Finanzkapital und warum das alles auch Studis betrifft, erklärt die GRUPPE 180° aus Göttingen. (<http://18ograd.tk>)

Die Wachstumsprognosen werden derzeit im Monatstakt nach unten korrigiert, ein negatives Wirtschaftswachstum von vier Prozent wird derzeit für wahrscheinlich gehalten. Viele Firmen haben Absatzprobleme, der Druck auf dem Arbeitsmarkt dürfte demnächst merklich steigen.

Unis direkt betroffen

Auch die knapp 2/3 der Studierenden, die neben dem Studium arbeiten gehen müssen¹, könnten dies bald schon zu spüren bekommen und wer auf einen Studienkredit angewiesen ist, wird schon jetzt mit den Auswirkungen der strudelnden kapitalistischen Ökonomie konfrontiert. So hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (kurz: KfW), die Bank die bundesweit die meisten Studienkredite vergibt, bereits am 01.10.2008 ihren Zinssatz für Studienkredite von 5,1% auf 7% erhöht². Die KfW war durch die Finanzkrise in Bedrängnis geraten und muss nun zusehen, dass sie sich refinanziert. Die Privatisierung der Studienfinanzierung, in den meisten Bundesländern in Form von Studiengebühren, wendet sich nun gegen diejenigen, denen sie angeblich nutzen sollte. Die Wirtschaftskrise hat also durchaus Einfluss auf die Situation von Studierenden.

Dies gilt auch für die Bereiche, in denen eine vom Staat unabhängige Finanzierung angestrebt wird. Von der US-amerikanischen Elite-Universität Harvard etwa war unlängst zu lesen, dass sie in den letzten vier Monaten etwa acht Milliarden Dollar ihres Stiftungsvermögens verloren hat. Auch ihre Partner-Uni Cambridge erwartet, dass sie im nächsten Jahr deutlich weniger Spendengelder erhalten wird. Die Universität von Georgia in Athen, GA musste auf Grund der Krise ca. 400 Abonnements wissenschaftlicher Zeitungen abbestellen. In Ithaca, NY verhängte die Cornell Universität einen Baustopp und stellt nur noch unter Vorbehalt neue Mitarbeiter*Innen ein.³

Mit diesen Problemen haben die Unis hierzulande noch nicht zu kämpfen. Aber für Studierende werden die Grenzen des Modells „Nach der Uni in den Job“ dem-

nächst noch deutlicher werden, als es jetzt schon der Fall ist. Wurde bisher von einer „Generation Praktikum“⁴ geredet, so stellt sich bald noch mehr als bislang die Frage, ob die gebeutelten Unternehmen überhaupt noch ehemalige Praktikant*Innen in ein festes Arbeitsverhältnis übernehmen werden. Ob wir wollen oder nicht: Die Lohnarbeit wird abgeschafft – zumindest in der Form der Abschaffung des Lohnes.

Die Krise wird Studierende also an und nach der Uni treffen. Wer sich aber nicht dem blinden Wüten ökonomischer Prozesse ausliefern will, die*der muss verstehen, was da gerade passiert. Widerstand gegen die anstehenden Verschlechterungen braucht eine fundierte Analyse der Situation. Diese können wir hier sicherlich nicht in vollem Umfang liefern, aber einige Spotlights wollen wir doch werfen.

Die Mär vom „gierigen“ Finanzkapital

Zunächst ist festzustellen, dass es sich bei der Krise um kein neues Phänomen handelt. Krisen sind nichts neues im Kapitalismus, sie sind geradezu typisch für ihn. Die Weltwirtschaftskrise in den 20ern, die sogenannte Ölkrise in den 70ern, die Asien- und die Mexikokrise in den 90ern, das Platzen der New Economy, jetzt die Immobilienkrise und deren Folgen sprechen ihre eigene Sprache. Dass die Konjunkturkurve immer wie eine Sinuskurve schwankt, lehrt uns selbst die hiesige VWL. Aber schon die obige Aufzählung macht klar, dass in den letzten Jahren die Zahl der Krisen zugenommen hat, dass der zeitliche Abstand zwischen ihnen zunehmend schwindet und ihre Auswirkungen stärker werden. Zum ersten Mal seit langer Zeit zeigt sich die Krise nicht nur in einzelnen Weltregionen oder Branchen, sondern muss als umfassende Weltwirtschaftskrise beschrieben werden.

Insofern erscheint es auch reichlich naiv, die Schuld bei „gierigen Managern“, bei über das ‚brave Deutschland‘ herfallenden „Heuschrecken“, bei der „anglo-amerikanischen Kultur“ oder gleich beim internationalen Finanzkapital auszumachen. Ganz im Gegenteil zu der landläufigen Auffassung, dass das Gezocke auf den

¹ Vgl. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der BRD 2006. 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. www.sozialerhebung.de/soz_18.html

² Aktionsbündnis gegen Studiengebühren: KfW erhöht Zinssatz bei Studienkrediten www.abs-bund.de/presse/3804/

³ Elite-Uni Harvard verzockt Milliarden an der Börse www.welt.de/finanzen/article2826698/Elite-Uni-Harvard-verzockt-Milliarden-an-der-Boerse.html

⁴ Vgl. Ernst Lohoff: Virtualisierung der Ware Arbeitskraft. Kleine Politische Ökonomie des Praktikumsbooms. http://www.streifzuege.org/texte_str/str_06-36_lohoff_dead-men_praktikanten.html

Finanzmärkten beständig Firmen ruiniert, der an sich wunderbar funktionierenden Verwertung innerhalb der sogenannten Realwirtschaft im Wege stünde, und jetzt sogar für all die Krisenerscheinungen des Kapitalismus verantwortlich sei, spielte das „Finanzkapital“ immer schon eine tragende Rolle für eine funktionierende Kapitalverwertung: Zunächst einmal ermöglicht der Finanzüberbau überhaupt erst kapitalintensive Produktion. Kaum ein einzelner Unternehmer⁵ könnte genug Kapital aufbringen, um mit der Produktion loszulegen – Kredite oder Kapitalisierung von Aktien etc. sind hier die entsprechende Abhilfe. Je größer die finanziellen Vorkosten der Unternehmen sind, die mit wachsenden technischen Möglichkeiten notwendigerweise steigen, desto wichtiger wird die Finanzsphäre für den unmittelbaren Produktionsprozess.

Zum zweiten sorgen die Finanzmärkte für eine adäquate Konkurrenz unter den verschiedenen Kapitalien. Erst hier wird sichergestellt, dass das Geldkapital auch dort hinfließt, wo es am ertragreichsten eingesetzt werden kann. Das Finanzkapital ist also letztlich der Garant „rationalen“ Wirtschaftens auf dem Markt. Wer sich einen funktionierenden Kapitalismus mit entsprechendem „Wachstum“ wünscht, der kommt um die Finanzmärkte nicht herum!

Halten wir also fest: Finanzmärkte sind immer schon integraler Bestandteil des Kapitalismus. Ihnen jedoch das „produktive“ Kapital als geläutertes Opfer von „gierigen Spekulant*innen“ gegenüber zu stellen ist schlichtweg falsch. Wem die Profite auf dem Finanzmarkt nicht ganz geheuer sind, kommt um eine Kritik an der kapitalistischen Produktion und deren Profitzwang insgesamt nicht herum. Denn bei dem ganze Prozess dreht es sich ja genau darum, aus einem Euro zwei zu machen – Gewinn und Profit eben. Wozu sollte man denn sonst im Kapitalismus etwas herstellen? Menschliche Bedürfnisse sind da eher nebensächlich oder vielmehr: Mittel zum Zweck.

Eine handfeste Wirtschaftskrise

Längere Phasen eines selbsttragenden ökonomischen Wachstums sind schon etwas her, das Wirtschaftswunder der 60er und 70er Jahre ist längst verpufft und das bisschen Wachstum, was seitdem verblieben ist, kann hauptsächlich auf eine Aufblähung von Staatshaushalten und Finanzblasen zurückgeführt werden.

Die aktuelle Krise hat also einen konkreten Ursprung: Das Ende des Fordismus⁶ am Anfang der 70er Jahre. Der in Deutschland als „Wirtschaftswunder“ bekanntgewordene Aufschwung kam hier an sein Ende. Es lohnte sich nicht mehr, die Produktion noch weiter auszudehnen, denn nach dem riesigen Sprung der Produktivität mit der mikroelektronischen Revolution konnten nun unglaublich viele neue Waren produziert werden, ohne dass gleichzeitig neue Arbeitskräfte benötigt worden wären. Ganz im Gegenteil wurde durch die zunehmende Technisierung der Produktion immer mehr menschliche Arbeit überflüssig. Da die kapitalistisch anerkannte

Reichtumsproduktion nun aber einmal auf Arbeit beruht, wurde dies zum Problem für den Kapitalismus. Die Verlagerung der Investitionen in die Finanzsphäre ist also eine Folge der stockenden Verwertung in der Produktion – und gleichzeitig ein Ausgleich dafür: Das Kapital, das nicht genug ertragreiche Anlagemöglichkeiten in der Produktion fand, schuf sich eben simulierte Profite im Finanzsektor. Diese konnten zwar keine reale Verwertung mehr abbilden, aber letztlich den Sturz in die offensichtliche Krise aufschieben.

Daher sah es an den Börsen und in den Bilanzen noch lange Zeit gut aus. Aktienkurse stiegen, Währungsspekulation und der Handel mit Finanzderivaten blühte und möbelte die Unternehmensbilanzen auf. Zeitgleich wurde durch das Strecken von Kreditketten zusätzliche Kaufkraft geschaffen, mit der dann in weiten Teilen der vermeintliche Boom in Indien und China finanziert wurde. So wird seit vielen Jahren ein weiter Teil des US-Konsums aus Krediten finanziert. Sei es über Kreditkarten (das Platzen der Kreditkartenblase steht laut Medienberichten gerade bevor), sei es über Kredite aus China, die dann zum Konsum (in China) genutzt werden können, worauf die entsprechenden Gewinne als neue Kredite in die USA zurückfließen können.

Hier wird deutlich, dass ökonomische Entwicklungen in der Realwirtschaft und im Finanzüberbau in einem speziellen Verhältnis zueinander stehen, aber dennoch die Kurse an den Börsen nicht einfach abbilden, wie es um die Verwertung in den Unternehmen gerade steht. Nach dem Kriseneinbruch im Spätsommer 2008 kommt es sogar in volkswirtschaftlichen Vorlesungen vor, diese beiden Sphären fein säuberlich voneinander zu trennen. Plötzlich sind die Preise der Aktien nicht mehr das Ergebnis von aufeinandertreffender Nachfrage und Angebot auf unterschiedlichen Gütermärkten, sondern Ausdruck von zwei unterschiedlichen ökonomischen Sphären. Mit der Rede von der Realwirtschaft⁷ wird deutlich, dass es nicht ausreicht, ökonomische Prozesse über sich verändernde Preisbildung am Markt zu analysieren. Gesellschaftlich anerkannte Wert-Schöpfung ist zu unterscheiden von der bloßen Preisbildung. Wenn eine Aktie an der Börse ihren Wert verdoppelt, dann muss das nicht zwangsläufig auf eine Verdoppelung des realen Unternehmenswertes zurückgehen. Weder muss sich die Produktion verdoppelt haben noch der Wert der Maschinen erhöht haben. Dass via Aktienmarkt einfach höhere Summen in Bilanzen auftauchen ist nicht

⁵ Auch wenn klar und bekannt ist, dass nicht nur Männer Unternehmen leiten, so soll doch nicht unterschlagen werden, dass die Mehrheit dieser Positionen von ihnen besetzt ist.

⁶ Als Fordismus bezeichnet man eine nach dem Ersten Weltkrieg etablierte Form der Warenproduktion. Der Fordismus basiert auf stark standardisierter Massenproduktion und -konsumtion von Waren, die mit Hilfe hoch spezialisierter Maschinen, Fließbandfertigung, dem Taylorismus, auf massiv gesteigertem Produktivitätsniveau hergestellt wurden. Die Produktivitätssteigerung ermöglichte relativ höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung, die die entsprechende Nachfrage und die nötige „Freizeit“ für die massenproduzierten Waren ermöglichten.
vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Fordismus>

⁷ Nach wie vor ist der Begriff der Realwirtschaft innerhalb konservativer Kreise aber umstritten. Zur „fundierten“ Kritik aus neoklassischer Sicht siehe: Dirk Friedrich: Verwirrung: Realwirtschaft und Finanzwirtschaft. <http://www.ef-magazin.de/2008/10/25/760-verwirrung-realwirtschaft-und-finanzwirtschaft>



Fiktives Wasser führt nicht zu blühenden Landschaften

ausreichend für einen funktionierenden Kapitalismus. Dieser beruht vielmehr – und das wird derzeit wieder mehr als deutlich – auf der Verausgabung von Arbeit zur Vermehrung von Kapital.

Fassen wir also nochmal zusammen: Nachdem in den 70ern das sogenannte „Wirtschaftswunder“ zusammengebrochen ist, konnte kein auf dieser Basis funktionierendes kapitalistisches Regulationsmodell installiert werden. Das war auch kein Wunder, denn nach dem riesigen Sprung der Produktivität mit der mikroelektronischen Revolution konnten nun unglaublich viele neue Waren produziert werden, ohne dass gleichzeitig neue Arbeitskräfte benötigen worden wären. Ganz im Gegenteil wurde durch die zunehmend technisierte Produktion immer mehr Arbeit überflüssig. Da die kapitalistisch anerkannte Reichtumsproduktion nun aber einmal auf Arbeit beruht, wurde dies zum Problem für den Kapitalismus⁸.

Überfluss und Mangel

Die Lage ist geradezu paradox. Einerseits gibt es durch technische Errungenschaften immer größere Reichtumspotentiale. Es können immer mehr nützliche Dinge in immer weniger Zeit hergestellt werden. Andererseits gelten im Kapitalismus aber nicht der Reichtum an nützlichen Gegenständen und guten Lebensbedingungen als wesentlicher Bezugspunkt der Ökonomie. Wenn

sich gute Lebensbedingungen trotzdem mal ergeben, dann fallen sie nur als Abfallprodukt des Selbstzwecks, aus einem Euro zwei zu machen, ab. Die technisch-stofflichen Möglichkeiten dieser Gesellschaft haben mittlerweile ein Niveau erreicht, das ein gutes Leben für alle ermöglichen könnte. Gleichzeitig lassen sie sich aber nicht in der einzig gültigen Reichtumsform ausdrücken. Gesellschaftlich zählt nämlich nur der ökonomische Wert. Dieser ist letztlich nichts anderes als Ausdruck der geleisteten Arbeitszeit. Und die schwindet im Gegensatz zur steigenden Anzahl nützlicher Dinge eben dahin. Hätten wir nicht diesen ollen Kapitalismus, wäre es eigentlich nur wünschenswert, dass es weniger zu tun gibt. So wird es zu einer Bedrohung für die Menschen.

Wer die Krise also überwinden will, sollte dabei besser nicht auf den Kapitalismus hoffen. Vielmehr muss es jetzt, mehr noch als schon bislang, darum gehen, politische Forderungen ohne Rücksicht auf ökonomische Rationalität zu stellen. Ein schönes Leben für alle ist zu ermöglichen. Und zwar umstandslos. Wenn das nicht mit dem Kapitalismus geht, dann eben ohne ihn. Besonders toll war der ohnehin nie.

⁸ vgl. Money makes the world go round? Reflektion über kapitalistischen Reichtum.
<http://www.bb-goettingen.de/187>

ZUM TEXT:

Zuerst erschienen im ZUSAMMENHANG, der Zeitschrift des Basisdemokratischen Bündnisses Göttingen. Ausgabe #19, Januar 2009.
<http://www.bb-goettingen.de/1404>

sei homo, sei phob, sei berlin

Mehrere brutale Überfälle auf Schwule und Lesben haben die Berliner Szene 2008 aufgeschreckt. Was aber steckt dahinter und wie wird mit der neuen Bedrohung umgegangen? von DANIEL KRETSCHMAR

Das Aushängeschild einer liberalen und offenen Gesellschaft ist ihr Umgang mit ihren Minderheiten – mit denen, die von der empirischen Norm abweichen. Das betrifft zum Beispiel „Fremde“, politisch Andersdenkende und natürlich auch Schwule und Lesben. Dieser Umgang mit den Minderheiten hat zwei Seiten. Die eine ist die legislative/administrative, die andere ist die des sozialen und kulturellen Verhältnisses zu den „Anderen“.

Auf der legislativen Seite hat die Bundesrepublik Deutschland für die vergangenen 10 Jahre eine ambivalente Bilanz vorzuweisen: Während beispielsweise die auf Menschen ohne deutschen Pass zielende Gesetzgebung verschärft wurde, ist die offizielle Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen deutlich vorangekommen. Insbesondere die Einführung der eingetragenen Partnerschaft war für nicht wenige AktivistInnen der Homosexuellenbewegung ein großer Erfolg. Ebenso hat sie ganz lebenspraktisch homosexuellen Paaren messbare Erleichterungen und Verbesserung gebracht.

Nun ist es keine Überraschung, dass Gesetze allein die Sonne nicht heller scheinen lassen. Um eine Gesellschaft als Ganzes offener für von der Norm abweichende Lebensentwürfe zu machen, bedarf es vor allem einer Veränderung des sozialen und kulturellen Gefüges. Oder um es anders zu sagen: Wer angesichts zweier sich küssender Männer Ekel und Hass empfindet, wird seine Einstellung nicht einfach ändern, nur weil „so was“ nicht mehr verboten ist.

Trotzdem hegen die Advokaten von Minderheitenrechten die

Hoffnung, dass gesetzliche Anerkennung und öffentliche Sichtbarkeit letztendlich auch Veränderungen in den Köpfen der Menschen fördern.

Umso frustrierender muss es da sein, wenn nach Jahren kleiner Fortschritte gerade in der selbstbewussten und lebensfrohen Hauptstadt Berlin die Zahl äußerst brutaler Übergriffe auf Homosexuelle und Transsexuelle zunehmen, noch dazu in den als besonders offen wahrgenommenen Innenstadtbezirken Kreuzberg, Mitte und Friedrichshain.

Die drei aufsehenerregendsten Fälle des letzten Jahres: In der Nacht vom 7. auf den 8. Juni 2008 wurde eine Gruppe von 7 Gästen eines Dragfestivals in Kreuzberg aus mehreren Autos heraus angegriffen und zusammengeschlagen, zwei davon krankhausreif. Auf einem der Fahrzeuge wurde ein Aufkleber der türkischen Untergrundfaschisten „Graue Wölfe“ ausgemacht.

Am 18. Oktober wurde ein junger Mann, ebenfalls in Kreuzberg, der sich kurz davor von Freunden mit Küsschen verabschiedet hatte und sich damit in den Augen seiner Angreifer als schwul geoutet hatte, so übel verprügelt, dass er mit einem schweren Kieferbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.

Am 27. Oktober schließlich wurden zwei Frauen in einem Außenbezirk der Stadt Opfer eines Angriffs von mutmaßlichen Neonazis. Verletzungen im Gesicht, am Ohr und Prellungen am Oberkörper waren die Folge der Attacke, während der die Frauen, bereits am Boden liegend, noch mit roter Farbe besprüht wurden.

Der Übergriff im Juni wurde noch als schockierende Ausnahme wahrgenommen. Nur 3 Tage nach dem Überfall zeigte am Tatort eine kurzfristig organisierte Demonstration mit mehreren Tausend TeilnehmerInnen die Empörung der Szene. BesucherInnen der Szenelokale und -clubs in den Innenstadtbezirken berichteten schon davor von gelegentlichen Pöbeleien im Umfeld, direkte Angriffe wirken aber noch immer eher ungewöhnlich. Die Attacken im Oktober schließlich weckten die Aufmerksamkeit der politischen Parteien in der Stadt, wie auch der Presse, insbesondere der liberalen und linken sowie der Szenepublikationen. Podiumsdiskussionen werden inzwischen organisiert, Artikel geschrieben, und oft geht es nur darum, die Täter als Gruppe eindeutig zu definieren. Während die einen dabei insbesondere die Migration aus islamisch geprägten Gesellschaften, einen kulturellen Unterschied also, verantwortlich machen, sprechen die anderen davon, dass die „sozial abgehängten“ ihrer Frustration auf diese Weise Luft machen.

Das ironische an der Debatte ist, dass die im Verhältnis größte von Sozialleistungen abhängige Gruppe türkische und arabische ZuwandererInnen und ihre Nachkommen

sind, Menschen mit häufiger islamischer Religionszugehörigkeit. Insofern nehmen sich beide Sichtweisen am Ende nicht allzu viel. Und vielleicht haben sie sogar beide in einem Punkt recht: die Gewaltbereitschaft mag unter den Abgehängten und den religiös Verblendeten tatsächlich besonders groß sein. Nur eine Frage übergehen beide Positionen stillschweigend: Ist ein gewalttätiger Übergriff auf Homosexuelle nicht vielleicht nur ein, zugegebenermaßen besonders auffälliger Ausdruck einer allgemein und überall vorhandenen Homophobie?

Ein Beispiel sei zur Veranschaulichung angeführt: Ich habe eine gute Freundin. Sie ist Jazzsängerin, ein echter Partylöwe, einer der liebsten Menschen, die ich kenne und – als Mann geboren. Wenn ich mit ihr durch Berlin-Kreuzberg gehe, sind Pöbeleien durch Jugendliche mit mutmaßlichem Migrationshintergrund (wenn auch gerne mal in der dritten Generation) praktisch garantiert. Und nicht selten denke ich, dass wir nur deshalb nicht körperlich angegriffen werden, weil meine Freundin gut 2 Meter groß und sehr kräftig gebaut ist. Dann aber setzen wir uns in eines der besseren Cafés, zu mutmaßlichen Deutschen mit wahrscheinlich besserem Bildungsstand und Einkommen, die hier fleißig vor sich

Ist ein gewalttätiger Übergriff auf Homosexuelle nicht nur ein Ausdruck einer allgemeinen und überall vorhandenen Homophobie?

her gentrifizieren. Die Blicke, die meine Freundin dort auf sich zieht, sind nicht gerade von uneingeschränkter Sympathie geprägt. Jene jugendlichen Pöbler sind schon eine konkretere Bedrohung, Freunde und Schutz würde ich bei den anderen aber auch nicht voraussetzen.

Oder ein anderes Beispiel: Nach dem Überfall im Juni wurde in einschlägigen Internetforen deutscher Neonazis sehr ernsthaft darüber debattiert, wie mit solchen Vorfällen umzugehen sei. Homosexuelle und dergleichen Perverse seien zwar krank und ihr Verhalten nicht zu tolerieren, dass aber „Ausländer“ einfach Deutsche zusammenschlagen, ginge ja nun gar nicht. Was ein beinahe amüsantes kognitives Dilemma für die Jungnazis darstellt, offenbart vor allem einen Konsens, der sich durch sämtliche soziale Schichten, Nationalitäten und Religionsbekenntnisse zieht: die Angst des heterosexuellen Mannes vor allem Fremden und ganz besonders vor der Penetration. Diese Penetrationsangst wird nicht durch die Zuerkennung von Bürgerrechten und ein paar schwule Popstars und lesbische Fernsehmoderatorinnen beseitigt. Im Gegenteil, sie scheint sich noch zu verschärfen, je sichtbarer die Existenz sexueller Devianz in der öffentlichen Wahrnehmung wird. Gepaart mit sozialer Frustration und ideologischer (auch religiöser) Fanatisierung wird ein Kieferbruch draus. Manchmal reichen aber auch einfach zwei oder drei Biere, um die grundlegenden Zivilisationsnormen, wie den Respekt vor der körperlichen Unversehrtheit anderer Menschen zu vergessen.

Egal, wie die gesetzlichen Regelungen so sind: Ist die Nacht dunkel und der Ort unbekannt, ist der Instinkt dafür, wann gleichgeschlechtliches Händchenhalten gefahrlos möglich ist, immer noch der beste Schutz. Das gilt auf der ganzen Welt, auch in Berlin.

Diese Tatsache wird angesichts der großen Verdienste und Erfolge der weltweiten Schwulenbewegung gerne vergessen. Eine offene Szene und liberale Gesetze schützen junge Homosexuelle vor allem davor, in dem Glauben, mit sich und ihren Gefühlen alleine auf der Welt zu sein, erwachsen werden zu müssen. Damit haben sie einen besseren Start als ihre um Jahrzehnte älteren Vorgänger, die heimliche oder offene Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft aber werden beide Generationen auf absehbare Zeit weiter zu ertragen haben.

Der Versuch, spezifische Tätergruppen auszumachen, hat unter diesen Bedingungen wenig Sinn. Er wird nur einen Kampf konkurrierender Subkulturen zur Folge haben, bei dem es keine Gewinner geben kann. Kreuzberg mit seiner inzwischen schon klassischen multikulturellen Tradition und

dem lange existierenden links-alternativen und grünen

Milieu, in dessen Schlepptau sich auch die Schwulen- und Lesbenszene etabliert hat, ist ein schönes Beispiel hierfür. Auf relativ kleiner Fläche sind hier Menschen zu finden, die einfach verdammt wenig gemein haben, außer der Tatsache, dass sie (aus verschiedenen Gründen) nicht Teil der Mehrheitsgesellschaft sind. Die einen beweisen in dieser Situation ihre Männlichkeit, indem sie vermeintlich Schwächere ins Krankenhaus prügeln, ein Vorgehen, dass man polemisch als eine Spielart des

Der Versuch spezifische Tätergruppen auszumachen, wird nur einen Kampf konkurrierender Subkulturen zur Folge haben.

Mainstreamreflex' bezeichnen könnte, die anderen reagieren damit, sich der Mehrheitsgesellschaft anzudienen, indem sie jene die als Nichtdeutsche ohnehin ausgeschlossen sind, als nicht zivilisationsfähig denunzieren. Unter anderem CDU-ParlamentarierInnen greifen die entsprechenden Stichworte dankbar auf und fordern die zügige Abschiebung der „kriminellen Ausländer“. Es sind dieselben ParlamentarierInnen, die gegen die eingetragene Partnerschaft gestimmt haben. Holger, dem am 18. Oktober der Kiefer gebrochen wurde, kommentierte diese Bigotterie später in einem Interview folgendermaßen: „Ich finde solche Äußerungen irgendwie lächerlich.“ Und er fährt fort: „Je größer die ‚Bedrohung‘ wird, desto konservativer werden die Leute. Es ist natürlich auch kein Geheimnis, dass es innerhalb der Community eine relativ große rechte Szene und eine gewisse Abneigung gegen Ausländer bzw. MigrantInnen gibt. Ich kann natürlich verstehen, wenn

sich sowas verstärkt, gerade wenn die Täter tatsächlich Migrationshintergrund haben. Allerdings ist das ja nicht unbedingt der Fall, die beiden Lesben wurden ja von Deutschen attackiert.“ Der letzte Satz bezieht sich auf den Überfall vom 27. Oktober.

Dass was Holger noch unter Schmerzen mit multiplen Brüchen und mehreren Drahtnähten im Kiefer sagt, ist angenehmerweise klüger als das meiste, was sonst so zum Thema zu hören ist.



Foto: Umbruch Bildarchiv

Mehrere Tausend Menschen demonstrierten 3 Tage nach dem brutalen Überfall auf Besucher_innen eines Dragfestivals in Kreuzberg.

ZUM TEXT:

Durchgesehener Nachdruck.
Zuerst erschienen in der slowenischen Zeitschrift NARobe.

Die Party des Stärkeren

Nachdem in der letzten HUCH! bereits dargelegt wurde, warum die Definitionsmacht in Fällen sexualisierter Gewalt bei den Betroffenen liegen muss, soll hier in einem zweiten Schritt gezeigt werden, dass auch auf niedrigschwelligerer Ebene (Hetero-) Sexismus Parteinahme für Betroffene erfordert. Von TOBIAS BECKER

Endlich mal wieder eine richtig nette Party: Ausgelassene Stimmung, Alkohol fließt in Strömen und draußen wird es langsam hell. An der Bar wird Tanja von einem Typen angequatscht, die beiden kennen sich bisher nur vom sehen. Es soll auch so bleiben: er nervt. Sie dreht sich weg. Er checkt's nicht. Schließlich steht sie auf, geht woanders hin. Er kommt kurz später hinterher, die Szene wiederholt sich.

Später tanzt Tanja ausgelassen auf der überfüllten Tanzfläche. Plötzlich spürt sie eine unangenehme Berührung. Sie öffnet die Augen. Da ist zwar ein komischer Typ, aber es ist eng und er scheint nichts bemerkt zu haben. War wohl keine Absicht. Sie tanzt weiter. Diesmal spürt sie deutlich eine Hand an ihrem Hintern. Jetzt reicht es ihr. Sie stellt den Typen zur Rede. Er schaut sie überrascht an und fragt, was ihr Problem sei. Eine der umstehenden Personen mischt sich ein und findet, dass Tanja sich mal nicht so aufregen solle. Es sei ja schließlich eine Party und man sei doch hier um Spaß zu haben. Ja, genau, Spaß. Der ist ihr jetzt vergangen, sie geht nach Hause und ärgert sich den Rest des Abends darüber, dass der Typ von vorher weiterhin auf der Party Spaß hat und vielleicht noch anderen Menschen die Lust auf Party verdirbt.

Dem Typen sind ihre Wünsche und Gefühle herzlich egal. Ohne Rücksicht darauf, ob sie vollgelabert oder angebrabscht werden möchte, nimmt er sich das Recht dazu und kommt damit durch. Wie kann das sein? In der Folge dieser Grenzüberschreitung wird Tanja aus einem Raum verdrängt, in dem sie sich unter anderen Umständen gerne aufhalten würde.

Die meisten von euch werden solche oder vergleichbare Szenen schon erlebt oder beobachtet haben. Und zwar so gut wie immer in dieser Geschlechterverteilung. Zufall? Wohl kaum.

Grenzüberschreitungen erscheinen zwar erst einmal als individuelle Angelegenheiten. Aber spätestens nach einer rudimentären Auseinandersetzung mit Sexismus, werden die strukturellen Aspekte klar. Erst im größeren Kontext einer Herrschaftsstruktur wird verständlich, warum Grenzüberschreitungen meist nur in die eine Richtung funktionieren. Versuche sie zu unterbinden, müssen daher auch eine gesellschaftliche Analyse mit einbeziehen.

Geteilte Räume

Wir alle bewegen uns ständig in gemeinsam genutzten Räumen. In Seminaren, auf Partys, in emanzipatorischen Projekten. So unterschiedlich die Ansprüche an diese Räume sind, die Gemeinsamkeit ist, dass gesellschaftliche Herrschaftsstrukturen, wie eben Sexismus oder Heterosexismus, nicht vor ihnen Halt machen – unabhängig davon, ob der jeweilige Raum als „offen und emanzipatorisch“ oder als Party deklariert ist. Grenzüberschreitungen wie im Eingangsbeispiel werden durch diese Herrschaftsstrukturen erst möglich.

Es sind eben nie *weiße* gesunde heterosexuelle Männer,

die Grenzüberschreitungen erleiden. In der Folge sind es immer die jeweils anderen, die beständig die Erfahrung machen aus Räumen verdrängt zu werden und diese dann eventuell von vorne herein meiden.

Ein wichtiger Aspekt gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen ist es, dass sie erst einmal (zumindest aus der dominierenden Position) unsichtbar sind. Werden nun demzufolge Grenzüberschreitungen als individuelle Streitigkeiten thematisiert und also die sexistische Dimension verschleiert, ist der dahinter stehende Sexismus nicht mehr als solcher benennbar, also nicht angreifbar.

Wenn folglich eine vermeintlich neutrale Position, also ein De-thematisieren von Herrschaftsstrukturen, selbige stützt, kann der Wille sie anzugreifen nur bedeuten: Parteinahme für die strukturell unterdrückte Position. Vorausgesetzt ist dabei der Anspruch, dass sich alle Menschen an dem betreffenden Ort wohl fühlen können. Dies erfordert gemeinhin, dass die selbstbestimmten Grenzen der anwesenden Personen respektiert werden. Um dies zu gewährleisten muss mehr passieren, als individuell korrekter Umgang. Es muss eine Atmosphäre geschaffen werden, in der das Wahre von Grenzen eine Selbstverständlichkeit ist, Grenzüberschreitungen dagegen nicht geduldet werden. So ist im Einzelfall allen klar wer der Störer ist, nämlich die Person, die die Grenzüberschreitung begeht und nicht die Person, die das thematisiert.

Aufeinander achten

Um nun Grenzen achten zu können, muss zuerst einmal eingesehen werden, dass Grenzen subjektiv sind. Daher kann ausschließlich eine betroffene Person feststellen, was eine Grenzverletzung darstellt. Denn was Personen als angenehm oder akzeptabel empfinden, unterscheidet sich bisweilen stark. Es kann also keine objektiven Kriterien dafür geben, wann dies der Fall ist. Soll nun der vorherrschende Umgang aufgebrochen werden, ist zuerst einmal folgendes anzuerkennen:

Stellt eine von Sexismus betroffene Person eine Grenzverletzung fest, dann hat eine Grenzverletzung stattgefunden. Weiterer Rechtfertigungszwang erübrigt sich damit. Denn wozu soll eine genaue Aufschlüsselung des Vorfalles gut sein, wenn es keine objektiven Kriterien geben kann? Entweder dient sie den Fragenden doch dazu den Vorfall mit Kriterien abzugleichen, die sie für legitim – also objektiv gültig – halten oder es ist bloß Neugierde bzw. Voyeurismus. Beides ist für die betroffene Person in der Regel mindestens unangenehm.

Die Frage kann also nur sein, wie mit der Grenzüberschreitung umgegangen werden soll. Am naheliegendsten ist es, auf Wünsche oder Forderungen der Betroffenen einzugehen. Wünscht sie beispielsweise, dass die Person, die die Grenzüberschreitung begangen hat, die Party verlässt, dann muss diese Person gehen. Im Hinblick auf eine angenehme Party für alle ist dies häufig sinnvoll, da die Anwesenheit der Person es im Weiteren erfordern würde aufzupassen und sich mit ihr zu beschäftigen.



Schon die Beastie Boys wussten: You gotta fight for your right to party!

Grenzüberschreitungen spielen sich aber nicht immer zwischen zwei Personen ab. Auch sexistische, homophobe oder andere derartige Äußerungen sind verletzend und ausschließend. Selbst wenn man nicht selbst Adressat_in solcher Äußerungen ist, sollte man also darauf reagieren und sei es nur, weil man sich sonst den Rest des Abends über die Person ärgert oder das Gefühl hat ein Auge auf sie haben zu müssen, damit nichts passiert. Auch in diesem Fall kann ein Rauswurf angebracht sein.

Im Idealfall haben sich die Menschen, die die Party organisieren (oder auch das Kneipenkollektiv etc.), vorher Gedanken darüber gemacht, stehen als parteiische Ansprechpartner_innen zur Verfügung und haben dies vorher bekannt gegeben.

Es ist wichtig dabei zu bedenken, dass es nicht um Bestrafung geht (diese würde ja auch objektive Kriterien erfordern, deren Möglichkeit hier angezweifelt wird). Es geht darum, dass niemand durch sexistisches, mackerhaftes, prolliges Verhalten verdrängt werden soll. Wird dieses an den Tag gelegt, ist es der betreffende Typ, der den Konsens über die Raumnutzung aufkündigt und das Wohlfühlen der anderen bedroht. Ein darauf Hinweisen und als letzte Konsequenz ein Rauschmiss kann nun den Konsens wieder herstellen. Daraus folgt aber weder automatisch Hausverbot noch lebenslange Ächtung. Der Fokus liegt ausschließlich darauf einen Raum zu erhalten, in dem sich möglichst viele Menschen wohlfühlen können. Das letzte, was es dafür braucht, ist eine Fettenpolizei, die patrouilliert und darauf wartet endlich total antisexistisch jemanden rauswerfen zu können. (Das erzeugt eine ähnliche Zirkelschluss-Dynamik, wie die Anwesenheit von Großaufgeboten der Polizei auf Demonstrationen: Erstere muss die Sinnhaftigkeit ihrer Anwesenheit, Existenz und Kosten beweisen, also wird sie einen Anlass finden einzuschreiten. Der Polizeieinsatz beweist dann wiederum, dass die Anwesenheit der Polizei notwendig war.)

Entspannt feiern

Ziel der parteiischen Herangehensweise ist es, eine Atmosphäre zu schaffen in der Menschen aufeinander Rücksicht nehmen und die Sicherheit haben, dass es in Ordnung ist, Belästigungen zu thematisieren. Das Konzept funktioniert natürlich umso besser je mehr Menschen es mittragen. Insbesondere ist es hilfreich, wenn die Menschen, die gebeten werden zu gehen, das einsehen. Es mag aus der jeweils subjektiven Position ungerechtfertigt erscheinen. Eine Reflektion darüber, dass

es dennoch sein kann, dass es aus der anderen Position gerechtfertigt ist, ist da sehr hilfreich. In der Praxis fordert aber häufig die Person, die rausgeworfen wird oder Freund_innen von ihr eine Diskussion ein. Auch diese kann sich nur auf objektive Kriterien beziehen wollen, mithin die Definition des Vorfalls durch die Betroffene als Grenzüberschreitung in Frage stellen. Um nun allen anderen weiterhin eine schöne Veranstaltung zu ermöglichen und nicht noch mehr Menschen zu zwingen sich mit dem Vorfall auseinander zu setzen, heißt die Devise: erst mal raus.

Findet sich draußen dann eine Person (z.B. aus der Partyorganisation), die die Muße hat mit der betreffenden Person zu reden, ist das sehr schön. Männer über Sexismus aufzuklären kann aber nicht Aufgabe der Orga-crew sein – das ist einfach nicht leistbar. Also muss der Rauswurf unabhängig von langen Erklärungen akzeptiert werden. In dieser Situation gibt es schlichtweg keine Lösung, die alle glücklich macht. Denn es steht die Frage im Raum, wer nicht mehr entspannt feiern kann. Der Typ ist dabei in der gesellschaftlichen Machtposition und vor allem war er es, der die Frage durch sein Verhalten aufgeworfen hat. Dabei ist Unwissenheit und die Tatsache sich bisher nicht mit der Thematik auseinandergesetzt zu haben keine Entschuldigung, eher ein Grund sich in der Zukunft mit Machtstrukturen, eigenen Privilegien und zwischenmenschlichen Umgangsformen zu beschäftigen. Ein sensibler Umgang, sowie im Zweifelsfalle nachzufragen, haben sich als effektive Mittel herausgestellt Grenzüberschreitungen und somit eigene Rauschmissse zu verhindern.

Dennoch besteht angesichts des ungewohnten Machtverlustes auf männlicher Seite häufig ein Unbehagen in Form von Angst vor angeblich missbräuchlich angewandten Vorwürfen. In Räumen, die ein solches Konzept praktizieren, stellt sich aber schnell heraus, dass nicht alle zehn Minuten jemand vor die Türe gesetzt wird. Tanzen scheint weiterhin die beliebtere Tätigkeit zu bleiben. Im Gegenteil fragen sich Menschen, die sich von einer Person belästigt fühlen zumeist eher, ob sie es denn jetzt für sich gerechtfertigt finden, einen Rauswurf zu fordern. Oft führt das zu langem Nachdenken über die Situation und dazu, dass die Person im Auge behalten wird, bis eventuell noch etwas vorfällt. Auch hier nimmt die Person Raum ein und zwingt andere sich mit ihr zu beschäftigen. Deshalb und angesichts der Allgegenwärtigkeit von Verdrängung durch Herrschaftsstrukturen gilt: Lieber einmal zu viel rauswerfen als nie entspannt feiern.

Die Neue Frau als Gebärerin einer gesunden Nation

Mutterschaft im Schnittpunkt von „individueller“ und staatlicher Bevölkerungspolitik. von ANETT ZEIDLER

Im letzten Heft (No. 58) habe ich die Problematik vorgeburtlicher Diagnosen diskutiert, die Schwangeren in der medizinischen Praxis geradezu aufgedrängt werden. Weisen diese Tests auf Abweichungen von der vorherrschenden Norm hin, stehen Frauen vor einer vermeintlich freien Entscheidung, während ihnen Abtreibung als einzig sinnvolle „Lösung“ nahegelegt wird. Dieser Diskurs soll am Beispiel „Mutterschaft“ vertieft werden. Dabei bewegen wir uns im zeitlichen Rahmen von vor über 100 Jahren, als sich die Geschlechterrollen in Deutschland neu formierten. Mutterschaft soll nun nicht mehr nur die vermeintlich natürliche Pflicht der Frauen sein, sondern ein von Staat und Gesellschaft anerkannter Wert. Unter dem Einfluss rassenhygienischer und eugenischer Diskurse der Zeit, werden Frauen durch die von Helene Stöcker, Vertreterin der bürgerlichen Frauenbewegung, geforderte Befreiung vom Gebärzwang nicht automatisch in ein Feld der Selbstbestimmung geführt. Statt dessen werden Gruppenrechte auf einen „gesunden Volkskörper“ über individuelle Menschenrechte gestellt. Mutterschaft steht damit im Schnittpunkt von vermeintlich „individueller“ und staatlicher Bevölkerungspolitik.

Die Neue Frau

Die neue Frau, die im Wandel modifizierter Geschlechterparadigmen zu Beginn des 20. Jahrhunderts zumeist als Büroangestellte in den Bereich der bisher männlich geprägten Erwerbsarbeit Einzug nahm und dem Modeideal folgend mit Bubikopf selbstsicher das Auto steuerte, war nicht das Ideal Stöckers, die das durch Modewelt und („Trivial“-) Literatur verbreitete Ideal des amerikanischen Girls ablehnte. Helene Stöcker wurde 1869 in Elberfeld geboren und wuchs in einem bürgerlich, kalvinistisch geprägten Elternhaus auf. Als deutsche Universitäten für Frauen noch geschlossen und hohe Geld- und Haftstrafen gegen Frauen der proletarischen Frauenbewegung keine Seltenheit waren, siedelte Stöcker 1892 nach Berlin über. Hier schloss sie sich der Deutschen Friedensgesellschaft an, der ersten größeren pazifistischen Organisation in Deutschland. Sie kämpfte für eine neue Sexualmoral und lehnte sich gegen die von der (katholischen) Kirche gepredigte Weltanschauung auf, welche die Mutter auf der einen Seite verehrte und zum höchsten Symbol der Menschheit machte und auf der anderen Seite den sexuellen Akt als Erbsünde verteilte. Als eine der ersten Frauen in Deutschland trug sie den philosophischen Dokortitel. Mit ihrem Einsatz für

die Radikalen innerhalb der Frauenbewegung und der Gründung des Mutterschutzbundes am 5. Januar 1905 sollte sich ihr Kampf für ein neues Frauenbild unter dem Dogma einer „neuen Ethik“ verfestigen.

individuelle und staatliche Bevölkerungspolitik

Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts war die Bevölkerungspolitik stark durch ein grundsätzliches Verbot der Abtreibung gekennzeichnet: „Eine Schwangere, welche ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleibe tötet, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter 6 Monaten ein.“¹ Rassenhygieniker forderten den Staat auf, als organisierendes und kontrollierendes Organ im Sinne der eugenischen „Fortpflanzungs-auslese“ die Grundrechte seiner Bürger einzuschränken. Mit der gleichen Zielsetzung befürwortete Stöcker eine Bevölkerungspolitik, die statt maßloser Erhöhung der Bevölkerungsquantität eine umfassende Verbesserung der Bevölkerungsqualität zum Ziel hatte. Sie aber setzte auf eine „individuell“ gesteuerte Geburtenregelung.

Anstelle eines „barbarischen Gebärzwanges“ setzte Stöcker sich für eine „positive Geburtenpolitik“ ein. In den vom Bund für Mutterschutz gestellten Forderungen, staatliche Sexualberatungsstellen einzurichten, in denen Männer und Frauen Rat in allen Fragen der Gesundheitspflege und der Erzeugung eines „an Körper und Geist tüchtigen Nachwuchses“ finden können und nach einer Mutterschaftsfürsorge mit dem Ziel, die Mutterschaft der Frau durch Zahlung des vollen Lohnes zwei Monate vor und zwei Monate nach der Geburt zu schützen sowie durch den weiteren Ausbau der Schwangerenfürsorge das „keimende Leben“ zu schützen und durch hinreichende Säuglings und Kleinkinderfürsorge das geborene Leben zu erhalten, sah sie die Chance einer aufgeklärten „individuellen“ und eugenisch orientierten Geburtenregelung.

Diese Verknüpfung findet sich explizit in den im Jahre 1903 von Stöcker erstmals formulierten Forderungen, die sie anlässlich einer Tagung des „Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine“ zum Thema „neue Frau“ und „neue Sexualmoral“ vortrug:

*Beide Teile müssen soweit gesund sein, dass gesunde Nachkommenschaft zu erwarten ist oder sie müssen, wenn sie in gegenseitiger Kenntnis eines etwa unzulänglichen Gesundheitszustandes dennoch die Ehe eingehen, die Erzeugung von gesundheitlich gefährdeten Kindern vermeiden.*²

¹ Weinberg, Siegfried: Die Abtreibungsstrafe vom Standpunkt des Juristen. In: Stöcker, Helene; Stabel, Heinz; Weinberg, Siegfried: Fort mit der Abtreibungsstrafe. Leipzig. 1924. S.46.

² Mitteilungen des Deutschen Bundes für Mutterschutz. In: Die Neue Generation. 5. Jahrgang. 1909. S.208-211.



Mutterschaft

Die sexuelle „Liebe“ ist „(e)ine Bestätigung, die ihn (den Menschen) durch ihre Folge, das Kind, erst ganz in die Menschheit einreih, ihm mit Vorwelt und Nachwelt in lebendige Verbindung setzt, ihm erst „das Bürgerrecht im Stande der Natur“ verleiht.“³ Durch diese Aussage erweitert Stöcker ihren Begriff von Mutterschaft: Sie ist nicht mehr nur eine für die Legitimation der Rechte der Frauen und Mütter – und der neuen Sexualmoral funktionale Konstante, sondern „natürliche“ Bedingung des Mensch-Seins innerhalb des (männlich dominierten) Staates. Nach Nira Yuval-Davis, Professorin für „Gender and Ethnic Studies“ an der University of Greenwich in London, signalisiert ein Abtreibungsverbot und die Kontrolle anderer reproduktiver Rechte der Frauen, dass Frauen als Staatsbesitz erachtet werden.⁴ Zum einen rückt Stöcker mit der Forderung nach individuellen und staatlich anerkannten Rechten der Frau und den Forderungen nach staatlich finanzierten Schutzmaßnahmen für Frauen vor und nach der Schwangerschaft und ganz besonders mit dem Aufruf „Fort mit der Abtreibungsstrafe!“ das individuelle Recht der Frau in den Mittelpunkt. Diese Forderungen legitimiert sie, indem sie die physisch bedingte und damit vermeintlich natürliche Aufgabe der Frau als Produzentin auf die Ebene des „kulturellen Einsatzes“ überträgt. Durch die Verbindung mit rassenhygienischen „Werten“ und positiver Geburtenpolitik aber ist Mutterschaft nicht mehr nur das „natürliche“ Gebären der nächsten Generation, sondern im Rahmen des rassenhygienischen Diskurses das Gebären einer gesunden Nation.

Nach der Soziologin Hannelore Bublitz richtet sich der rassenhygienische Diskurs damit vor allem gegen die Individualisierung der Geschlechterbeziehung wie er von Teilen der Frauenbewegung gefordert wird, und gegen die Individualisierung der Geburtenregelung,

denn durch die Konstruktion von Mutterschaft – als vermeintlich individuelles Recht der Frau – werden rassenhygienische und eugenische Diskurse verschleiert und „(a)n die Stelle staatlicher Regulierung tritt (...) die individuelle Disziplinierung im Sinne einer ‚verantwortungsbewussten Kultur‘.“⁵

Im Diskurs Mutterschaft verknüpfen sich Fragen des sexuellen Verhaltens mit Fragen der Sorge um den „gesunden Volkskörper“. Bevölkerungspolitik, Sexual- und Rassenhygiene werden miteinander verwoben und ausschlaggebend für die Diskursivierung von Mutterschaft. Mutterschaft selbst wird dadurch zum Gegenstand gesellschaftlich-institutioneller Normalisierungspraktiken. Mit der diskursiven Verschiebung von Mutterschaft auf bevölkerungspolitische Werte der Menschenökonomie wiederum, entrückt Mutterschaft als Machtapparat in die Hände durch die der Diskurs bestimmt wird: Mutterschaft ist nicht mehr eine Konstante die allen Frauen das Recht zuspricht, Mensch zu sein, sondern ein auf die bürgerliche (weiße) Elite zugesprochenes „natürliches“ Recht mit missionarischem Auftrag.

In diesem Zusammenhang lässt sich der Hype um pränatale Diagnosen einordnen, der von mir als moderne Selektion diskutiert wurde. Unter dem Deckmantel einer vermeintlich freien Entscheidung für oder gegen eine Mutterschaft sind Selektionsmechanismen verankert, die durch die gesellschaftliche Nicht-Akzeptanz behinderter Menschen bestimmt werden. Um eine praktische Selbstbestimmung (siehe auch Huch No. 57) zu erreichen, müssen die diskursiven Felder der reproduktiven Rechte erweitert werden und in einen nationalen Kontext gesetzt werden, der über die Formulierung der Straffreiheit von Abtreibungen und Verhütungsmethoden hinaus, die Frau als „Gebärerin der Nation“ diskutiert und die darin diskursiv implizierten Machtmechanismen.

³ Stöcker, Helene: Die Liebe und die Frauen. Minden. 1906. S.105. Hervorhebungen von der Autorin H.S.; Einfügungen von mir A.Z.

⁴ Dazu ausführlich: Yuval-Davis, Nira: Geschlecht und Nation. Emmendingen. 2001.

⁵ Bublitz, H.; Hanke, C.; Seier, A.: Der Gesellschaftskörper. Zur Neuordnung von Kultur und Geschlecht um 1900. Frankfurt/New York. 2000. S.312.

Autonome Seminare / Projektutorien (Auswahl)

Mehr Infos zu diesen und weiteren Veranstaltungen gibt's im Alternativen Veranstaltungsverzeichnis (AVV)
Dieses gibt's im RefRat, den ASten oder auf www.avvb.de/vu

Geschlecht. Normativität. Sanktion.

Mi 12-14; Erstes Treffen: 29. April
Juristische Fakultät der HU, am Bebelplatz, Raum 326
Kontakt: nadja.samour@gmx.net, hannah.blum@hotmail.com

Judith Butler: Das Unbehagen der Geschlechter.

Mi 16-18 Uhr; Silberlaube, an der FU; Raum: ?
Kontakt: oomomo@gmx.de

Anarchismus – Theorie, Praxis und Alltag.

Do 14 Uhr; TU Berlin, Franklinstr, 27/28, Raum 2062
Kontakt: kecke7@gmx.net (Katja), maulwurm@web.de (Andi)

Anarchistische Philosophie und Praxis (Potsdam)

Kontakt: hungryspinach@riseup.net
Infos: www.wiki.bildung-schadet-nicht.de/index/Anarchismus-Seminar

Exil hier und jetzt.

Di 18-20 Uhr; Universitätsstr. 3b, Raum 202
Kontakt: julia@tristia.de Infos: www.iversity.de, www.tristia.de

Die Lochkamera in der Fotografie.

Erstes Treffen: Freitag, 24. April
Kontakt: michakuhmann.fotografie@web.de

Umweltethik / kritische Umweltforschung (Uni Potsdam)

Kontakt: simonwohlfahrt@gmx.de
Infos: www.wiki.bildung-schadet-nicht.de/index.php/Umweltethik/kritische_Umweltforschung

Energieseminar. Interdisziplinäre Projekte zu Energie, Umwelt und Gesellschaft.

TU Berlin, Straße des 17. Juni 135, Raum EB 202
Erstes Treffen: 20.04 um 16 Uhr
Kontakt: energieseminar@tu-berlin.de Infos: www.energieseminar.de

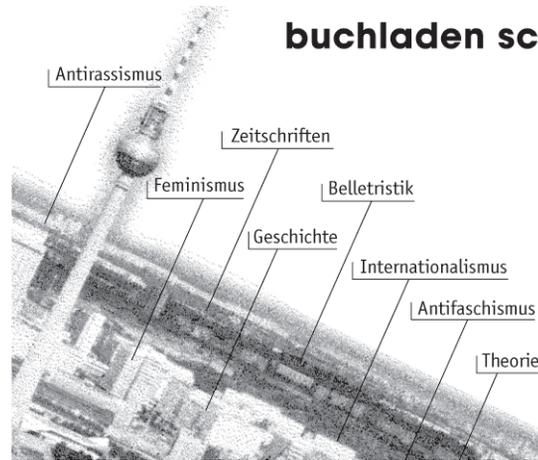
Literaturzirkel (ein Mal im Monat)

Kontakt: annebosqueverde@yahoo.de

Comic-Workshop – Gute Comix selber zeichnen.

Mo 19 Uhr; Linienstr. 206 Infos: www.nulltausendnull.de

buchladen schwarze risse²



prenzlauer berg

kastanienallee 85
10435 berlin
mo-fr 11-19 uhr
sa 11:30-15 uhr
tel. 030-4409158
kastanie85@schwarzerisse.de

kreuzberg

gneisenastr. 2a
10961 berlin
mo-fr 10-18:30 uhr
sa 11-14 uhr
tel. 030-6928779
mehringhof@schwarzerisse.de



311

iz3w

Wenn die Nacht am tiefsten... Macht und Alltag im Iran

Außerdem: ► Kunst aus Afrika ►
Schwarze Häftlinge im KZ ► Krieg
in Gaza ► Fatwa gegen Rushdie ►
Unis in Simbabwe ...

iz3w-Backlist

- 310: Politik des Hungers
- 309: Arbeit macht das Leben schwer
- 308: Literatur in der Türkei
- 307: 60 Jahre Menschenrechte
- 306: Afrikas Grenzen
- 305: Die Misere der Klimapolitik
- 304: Kriege in Afrika
- 303: Die Politik der Indigenität

Einzelheft Euro 5,30 (ab 3 Heften 20%
Rabatt, ab 6 Heften 30% Rabatt)

Weitere Infos unter www.iz3w.org
Tel. (0049)+761-74003 · info@iz3w.org

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Studentische Sozialberatung

an der Humboldt-Universität

Allgemeine Sozialberatung

Sprechzeiten
Mittwoch 14-16 Uhr
In den Semesterferien:
Mittwoch 14-16 Uhr

Monbijoustraße 3/Raum 16
Tel.: 20 93 - 19 86
Email: beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de

Unterhalts- und BAföG-Beratung

Sprechzeiten
Montag, Mittwoch und Donnerstag 14:30 - 18 Uhr
März, August und September:
Mittwoch 10 - 14 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 15
Tel.: 20 93-10 60
E-Mail: beratung.bafog@refrat.hu-berlin.de

Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Sprechzeiten
Montags 12 - 15:30 Uhr
Mittwochs 10 - 13:30 Uhr
März, August und September:
Mittwoch 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 16
Tel.: 20 93-19 86 Internet: www.refrat.de/soziales/stuki
E-Mail: beratung.kind@refrat.hu-berlin.de

Beratung für ausländische Studierende

Sprechzeiten
Montag 10 - 14:30 Uhr; Mittwoch 10 - 19 Uhr
Donnerstag 13:30 - 18 Uhr
März, August und September:
Mittwoch 10 - 15 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 6
Tel.: 20 93-10 62 Internet: www.refrat.de/soziales/befas
E-Mail: beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de

Enthinderungsberatung

Sprechzeiten
Montags 13:30 - 18 Uhr; Mittwochs 9 - 13:30 Uhr
März, August, September:
Mittwochs 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 5
Tel.: 20 93-21 45
E-Mail: beratung.enthuenderung@refrat.hu-berlin.de
Internet: www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthuenderung

Allgemeine Rechtsberatung

Sprechzeiten
Mittwoch 18-20 Uhr
In den Semesterferien:
Mittwoch 18-20 Uhr, 14-tägig

Monbijoustraße 3/ Raum 16

Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Sprechzeiten
Donnerstag 12-14 Uhr, 14-tägig

Dorotheenstraße 17/ Raum 2
aktuelle Termine: www.refrat.de/lust

Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Sprechzeiten
Montag 9 - 13 Uhr; Mittwoch 14 - 18 Uhr
März, August, September: Mi 14 - 18 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 5
Tel.: 20 93-21 45 www.refrat.de/soziales/arbeit
E-Mail: beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de

Nach dreieinhalb Jahren Soliarbeit im

NEW YORCK

IM BETHANIEN

Der antirassistische, antisexistische,
autonome, anarchistische Schockraum

BRAUCHT EXISTENZ SICHERUNG

und hofft auf Eure Groschen. Wir suchen
Daueraufträge. Wir für Euch -
Ihr für uns!



www.newyorck.net